



Marburg, 29.08.2012

Eingang: 29.08.2012

SPD-Fraktion

TOP:

Lfd.Nr. 162/2012 KT

Antrag zur Kreistagssitzung

Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Gegen die geplante Tarifierform der GEMA"

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreistag fordert die GEMA auf, die für den 1. Januar 2013 vorgesehene Tarifierhöhung auszusetzen, da durch die vorgesehene Tarifstruktur die Kostenbelastung für Musikaufführungen u.a. die Existenz heimischer Betriebe des Hotel- und Gaststättengewerbes, des Einzelhandels und Musikclubs gefährdet, sowie vor allem auch die Durchführung von Stadt- und Gemeindefesten und Festen und Veranstaltungen von Vereinen und Gruppen zum Teil unangemessen erschwert oder verhindert wird.
2. Der Kreistag fordert den Hessischen Landkreistag auf, sich gemeinsam mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene gegen die geplante Gebührenerhöhung einzusetzen.
3. Der Kreistag fordert die Aufsichtsbehörden der GEMA (Deutsches Patent- und Markenamt, Bundeskartellamt) auf, im Rahmen des aktuell durchzuführenden Schiedsverfahrens gegen die mit der neuen Tarifstruktur verbundenen Kostenerhöhungen, die letztlich nicht den Musikurhebern sondern der GEMA selbst dienen, einzuschreiten.

Begründung:

Die von der GEMA geplante Tarifierhöhung für Musikveranstalter soll vordergründig eine Vereinfachung der Tarife darstellen, führt jedoch zu Tarifierhöhungen bis zu 2000 Prozent, die Existenz gefährdend für das Hotel- und Gaststättengewerbe und für Musikclubs ist.

Durch die vorgesehene Tarifierhöhung werden auch Veranstaltungen nicht-kommerzieller Einrichtungen finanziell erheblich belastet und dadurch erheblich erschwert. Es geht nicht darum, dass den Urhebern von Musik die ihnen zustehende Vergütung für Musikveranstaltungen vorenthalten wird. Aber es muss darum gehen, dass derartige Tarifüberlegungen nicht einseitig zu Ungunsten der Veranstalter ausgestaltet werden, zumal

wenn es fragwürdig bleibt, ob und wenn ja wie die Mehreinnahmen überhaupt gerecht an die Urheber verteilt werden; denn auch die Verteilungsstruktur der GEMA-Gebühren ist ungerecht. So kann es auch nicht angehen, dass die einzelnen Verbände über Sonderregelungen mit der GEMA aushandeln, so wie bereits mit dem mächtigen Bund Deutscher Karneval e.V. bereits geschehen.

Aktuell ermöglicht das Monopol der GEMA derartige unkontrollierte Tarifierhöhungen, so dass es dringend nötig erscheint, die Politik darauf hinzuweisen, dass die GEMA-Tarifierhöhung einen unwiederbringlichen kulturellen Schaden in Deutschland anrichtet, der vor allem auch den ehrenamtlichen Bereich massiv trifft. Deshalb muss die GEMA-Tarifierhöhung mittelfristig auch zu einer umfassenden Gerechtigkeits- und Strukturdebatte im Bereich der Urheberrechte führen.

gez.

Werner Hesse

Fraktionsvorsitzender